



EUROPEAN COORDINATION VIA CAMPESINA
**FÜR EINE GEMEINSAME AGRAR- UND NAHRUNGSMITTEL-
POLITIK 2013**
UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

19. Januar 2010

1. Sich europäischen und weltweiten Herausforderungen stellen

Die Dimension der Probleme und Herausforderungen, denen sich europäische Bauern und Bäuerinnen gegenübersehen, haben sich im Jahr 2009 klar gezeigt. Die Milchwirtschaft ist nicht der einzige Bereich, der in einer Krise steckt. Die Einkommen aus der Landwirtschaft fallen fast überall. Sowohl die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU als auch das WTO-Rahmenwerk, auf das die GAP aufbaut, haben ihr Unvermögen bei Problemlösungen bewiesen. Sie haben die Problemlagen sogar noch verschlimmert: ein rapider Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe, stark wachsende Arbeitslosigkeit, über eine Milliarde Menschen mit Hunger, globalen Erwärmung, verschwindende Biodiversität und ein rasanter Anstieg der Gesundheitskosten durch die vorherrschenden Formen von Produktion und Konsum.

Trotzdem zeigt die EU kein Interesse an einer Änderung ihrer neoliberalen Politik, die zu einer Globalisierung der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion geführt hat. Produzenten und Konsumenten sind dabei die größten Verlierer, wohingegen die Profite der Agrarindustrie und der großen Supermarktketten ständig wachsen. Wenn die EU nicht alsbald handelt, dann schwebt die europäische Landwirtschaft in höchster Gefahr und wir treiben auf eine soziale und eine Umweltkatastrophe zu.

Wer soll denn die Menschen ohne die Bauern ernähren? Das Versagen von Kopenhagen (Klimaschutz) zeigt, dass die Regierungen kurzsichtig sind. Wir, die europäischen Bauern, brauchen so viele Verbündete wie möglich, um eine neue Agrar- und Nahrungsmittelpolitik zu verteidigen. Im Jahr 2010 sollte daher auf europäischer Ebene eine Debatte stattfinden, die zu einer Neubestimmung der Agrar- und Nahrungsmittelpolitik führt, und zwar bevor das EU-Budget für die nächste Programmperiode ab 2013 verhandelt und festgelegt wird.

Zugang zu Nahrung für alle Menschen sichern. Das ist eine globale Herausforderung sowohl für die Gegenwart als auch für die kommenden Jahrzehnte.¹ Nachhaltige Kleinlandwirtschaft wird nun als bestmögliche Antwort auf diese Herausforderung anerkannt.² Doch das ist von der Landwirtschaftspolitik und der WTO übersehen worden, die globale landwirtschaftliche Großbetriebe fördern. Die Herausforderung ist nicht technischer Natur, sondern es geht um den Zugang zu landwirtschaftlicher Produktion und zu Nahrungsmitteln.

Auf die Beschäftigungskrise antworten: Mehr Bauern und Landgemeinden sollten Europa ernähren. Angesichts des scharfen Anstiegs der Arbeitslosigkeit kann die EU nicht weiterhin bäuerliche Betriebe und ländliche Beschäftigung abschaffen. Bäuerliche Existenzen zu unterhalten und zu unterstützen bedeutet die Anerkennung des wirtschaftlichen und sozialen Werts der Landwirtschaft, der in der gegenwärtigen GAP verloren gegangen ist.

Globale Klimaerwärmung verringern und Biodiversität erhalten: Die Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion und die Tierfabriken müssen gestoppt werden. Es existieren landwirtschaftliche Praktiken und Produktionsmethoden, die dem Klima und der Biodiversität förderlich sind: sie umzusetzen wäre ein Bruch mit dem herrschenden Modell.

2. Wie bewältigt Ernährungssouveränität diesen Herausforderungen?

Das Prinzip der Ernährungssouveränität gibt den Menschen und der EU das Recht, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik auf der Basis der Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt zu definieren, statt den Regeln des internationalen Handels, wie sie die Freihandelsideologie formuliert, zu folgen. Zum Beispiel kann die EU entscheiden, den Anbau oder den Import von GVOs zu verbieten, wenn die EU-Bürger/innen sie nicht wollen, ohne dass die WTO das beeinspruchen dürfte. Es liegt in der Verantwortlichkeit der EU, statt der herrschenden Situation einer 75-Prozent-Lücke bei pflanzlichen Proteinen, die an Tiere verfüttert werden, auf Selbstversorgung umzustellen. Angesichts der verfügbaren landwirtschaftlich nutzbaren Flächen ist das absolut möglich, und angesichts der Umweltprobleme ist es zentral. Das erfordert auch ein Überdenken des WTO-Vertrages von 1994.

Ernährungssouveränität setzt die Ziele landwirtschaftlicher Produktion im Interesse der zu ernährenden Menschen fest und nicht im Interesse des internationalen Handels. Milchpulver zu exportieren, während gleichzeitig Soya zur Fütterung von Kühen importiert wird, Früchte und Gemüse in den Ländern des Südens anzubauen – selbst wenn sie biologisch sind –, weil Arbeitskosten dort niedriger sind, all das führt zu den gegenwärtigen sozialen Problemen und den Umweltbelastungen. Ernährungssouveränität hingegen siedelt landwirtschaftliche Produktion in der Nähe der Konsumenten an.

Aber damit wir uns richtig verstehen: Ernährungssouveränität bedeutet nicht Autarkie und nicht das Verschanzen hinter Mauern. Auch bedeutet es nicht eine völlige Absage an den internationalen Handel: Jede Region der Welt hat ihre eigenen besonderen Produkte, die sie handeln kann. Aber Ernährungssicherheit ist viel zu wichtig, als dass man sie von Importen abhängig machen dürfte. In allen Regionen der Welt sollten daher die Grundnahrungsmittel,

¹ Es ist wichtig daran zu erinnern, dass 40 Millionen arme Menschen in Europa nicht genug zu essen haben.

² AASTD Bericht – <http://www.agassessment.org/>

wo immer möglich, vor Ort produziert werden. Folglich sollten auch alle Regionen das Recht haben, sich gegen Billigimporte zu schützen, die ihre heimische Produktion zerstören.

Ernährungssouveränität bedeutet auch die Pflicht, die Ernährungswirtschaft in anderen Gebieten der Welt nicht zu zerstören. Alle Formen des Dumpings sollten verboten werden. Das gilt für Exportsubventionen ebenso wie für Einzelbetriebsprämien, wenn diese einen Verkauf unter den Produktionskosten ermöglichen.

Im Interesse heutiger wie zukünftiger Generationen müssen wir Produktionsformen entwickeln, die die landwirtschaftlichen Emissionen von Treibhausgasen verringern und stattdessen Biodiversität und Gesundheit fördern. Durch Reduktion der Transporte und durch das Abgehen von hochintensiver Landwirtschaft begegnen wir den Umwelt- und Klimaherausforderungen.

3. Eine neue Gemeinsame Agrar- und Ernährungspolitik, die aus gegenwärtigen Sackgassen herausführt³

Unsere Ziele:

- Eine kleinräumige, nachhaltige und sozial eingebundene Landwirtschaft erhalten und entwickeln. Die Grundlage dafür sind stabile und faire Preise. Das ist eine Voraussetzung, um die Landwirtschaft auch für junge Leute wieder attraktiv zu machen.
- Öffentliche Unterstützung für Betriebe, die Beschäftigung schaffen und die Umwelt schützen.
- Die Nahrungsmittelproduktion so nah wie möglich zu den Konsumenten bringen und sich dem Würgegriff der Großhändler und der Nahrungsmittelindustrie entziehen.

Unsere Prioritäten:

1. Faire und stabile bäuerliche Einkommen und Preise:

- Angebotsverwaltung und Regulierung von Agrarmärkten mit Instrumenten, die die gesamte Nahrungsmittelkette transparent machen und die Profite der verarbeitenden Industrien und Vertriebskanälen beschränken. Um mögliche Überschüsse in besonderen Klimasituationen zu bewältigen, sollten Mindestpreise festgelegt werden.
- Das Recht auf Schutz gegen Billigimporte, auch von Tierfutter, kombiniert mit dem Ende von Dumping-Exporten in allen gegenwärtigen Formen. Die Zolltarife müssen auf die europäischen Produktionskosten bezogen werden.
- Direktzahlungen, die durch die Zahl der Erwerbsaktiven pro Betrieb gedeckelt sind, sollen einerseits an nachhaltig wirtschaftende Kleinlandwirte gehen, die eine besondere soziale und Umweltaufgabe erfüllen, andererseits an agro-klimatisch benachteiligte Betriebe, deren Produktionskosten überdurchschnittlich hoch sind.

³ Solche Sackgassen sind Konzepte der Entkoppelung von Produktion und Subvention, von Erster und Zweiter Säule (Einkommenssicherung und ländliche Entwicklung) usw.

2. **Umwelt:** Für alle Betriebe werden Mindeststandards für Energieverbrauch, Einsatz von Chemikalien und Wasser sowie CO₂-Emissionen festgelegt. Betriebe, die diese Standards durch ihre Anbaumethoden unterschreiten, werden gefördert. Forschung und Ausbildung gehen in diese Richtung.
3. **Die Errichtung von Höfen und der Zugang zu Land** werden durch europäische und nationale Maßnahmen erleichtert, sodass junge Menschen den Beruf des Landwirts/der Landwirtin ergreifen können.
4. Landwirtschaftliche Subventionen sind an die Respektierung der Rechte landwirtschaftlicher Arbeiter/innen gebunden. Ob Europäer oder Migranten: sie haben dieselben Rechte. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, **Mindestlöhne** festzulegen.
5. Die Rechte von Bäuerinnen müssen gesetzlich verankert werden.
6. Eine Politik der **ländlichen Entwicklung** muss diese Maßnahmen umsetzen. Das bedeutet Priorisierung von ländlicher Beschäftigung, lokalem Handel und konsumentennahen Dienstleistungen, zusammen mit einer guten lokalen Aufteilung der Produktion.
7. Die gegenwärtigen Regeln des **internationalen Agrarhandels**, basierend auf der WTO-Vereinbarung von 1994, werden in Frage gestellt. Die Doha-Runde der WTO und die bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Drittländern werden suspendiert. Ein neues weltweites Regime der Nahrungsmittelproduktion, mit neuen Regeln für internationalen Handel und basierend auf Ernährungssouveränität und dem Recht auf Nahrung, wird eingeführt.
8. **Produktion und Import von GVOs** für Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion werden verboten. Alle Patente auf Leben müssen ebenfalls abgeschafft werden. Einsatz, Austausch und Reproduktion von eigenem Saatgut sollte gefördert werden.
9. Die EU beendet die öffentliche Unterstützung für den Einsatz und die Erzeugung von **industriellen Biotreibstoffen**. Die Energiebilanz für europäische Biotreibstoffe ist negativ, und international treten sie in Konkurrenz mit dem Anbau von Nahrungsmitteln und mit Waldgebieten. Umgekehrt kann die Energieautarkie von bäuerlichen Betrieben durch den Einsatz von Treibstoff auf der Basis von einheimischen Ölsaaten gesteigert werden.



Leicht gekürzte, nicht autorisierte Übersetzung aus dem Englischen: Kurt Greussing